

**Stadt Meerbusch**

Der Bürgermeister  
Fachbereich 1  
Az.: 01.19.21.40

28 . Mai 2010

Herrn  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Planung und Liegenschaften

Herrn  
Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschuss  
zur Kenntnis

**Beratungsvorlage**

zu TOP **10.0** der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 16. Juni 2010

**Steinkohlekraftwerk in Krefeld; Stellungnahme der Stadt Meerbusch**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beauftragt die Verwaltung, folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Stadt Meerbusch bringt gegen den vorliegenden Antrag zum Neubau des Steinkohlekraftwerkes Krefeld-Uerdingen keine in eigener Betroffenheit begründeten Bedenken vor.

**Begründung:**

Die Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co. KG hat zur Errichtung und zum Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes in Krefeld-Uerdingen den Antrag auf Erlass eines Vorbescheides nach § 9 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur Feststellung des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen und einer 1. Teilgenehmigung gemäß § 8 BImSchG zur Freimachung der Baustelle gestellt.

Dieser Antrag und die neun Aktenordner umfassenden Anlagen wurden der Stadt Meerbusch von der Bezirksregierung Düsseldorf am 6. Mai 2010 zur Stellungnahme bis zum 10. Juni 2010 übergeben. Wegen der Terminierung der planmäßigen Sitzungen der zuständigen städtischen Gremien hat die Verwaltung Fristverlängerung beantragt.

Die Antragsunterlagen sind, wie bereits in der ersten Stellungnahme vom 19. Januar 2009 festgestellt, vollständig und plausibel. Sie waren jetzt insbesondere daraufhin zu prüfen, ob und inwieweit durch den Neubau eine Betroffenheit der Stadt Meerbusch gegeben ist.

Das Kraftwerk ist für eine Feuerungswärmeleistung von bis zu 1.705 MW ausgelegt. Der Netto-Wirkungsgrad für die Einspeisung ins öffentliche Stromnetz beträgt mindestens 45,9 Prozent; durch Dampfauskopplung für die ansässigen Unternehmen wird ein Wirkungsgrad von 60 Prozent angestrebt. Zur Ermittlung des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wurden konservativ die Kohlesorten, die die höchsten Emissionen erzeugen, und die höchstmögliche Betriebsstundenzahl zu Grunde gelegt. Demnach ergibt sich eine Gesamtemission des Kraftwerkes einschließlich seiner Nebenanlagen von jährlich ca. 5,18 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>.

Die Versorgung des Kraftwerks mit Kohle soll grundsätzlich über einen Schiffsumschlag am Rhein und ein nachgelagertes Transportsystem erfolgen, alternativ über Bahntransport auf dem vorhandenen Gleisnetz. Lkw-Verkehr für sonstige Anlieferungen und Entsorgung erfolgt über die A 57 und die L 473 (Europaring). Der Hafen mit den Umschlagsanlagen ist allerdings noch nicht Gegenstand des jetzigen Vorverfahrens.

Das Kohlekraftwerk soll im CHEMPARK Krefeld-Uerdingen errichtet und betrieben werden. Eine Beeinträchtigung der Planungshoheit der Stadt Meerbusch liegt somit nicht vor.

Es war jedoch zu prüfen, ob nachteilige Auswirkungen des Vorhabens auf Mensch und Umwelt zu erwarten sind, die sich insbesondere durch den Eintrag von Luftschadstoffen ergeben könnten. Das vorgeschriebene Untersuchungsgebiet umfasst einen Radius um den Kraftwerkskamin, der dem 50-fachen der realen Schornsteinhöhe (140 Meter) entspricht, also sieben Kilometer (siehe Anlage). Das Stadtgebiet Meerbusch liegt damit nicht mehr innerhalb des Untersuchungsgebietes.

Die wesentlichen Ergebnisse werden dennoch im Folgenden zusammengefasst:

Als Hauptemittent werden bei der Verbrennung von Kohle gasförmige Emissionen (Kohlendioxid, Stickoxide, Schwefeldioxid) und Staub freigesetzt und durch mehrstufige Rauchgasreinigung bzw. Entstaubung unterhalb der Grenzwerte gehalten. Silos und Bahnentladeanlagen werden mit Filteranlagen ausgerüstet, damit die Verdrängungsluft bis unterhalb der in der TA Luft geforderten Staubkonzentration entstaubt wird. Die Anlagen für Kohletransport und -ablagerung werden vollständig eingehaust.

Für die Beurteilung der Relevanz des Kraftwerksbetriebes wurden Ausbreitungsberechnungen vorgenommen, um die höchste zu erwartende Zusatzbelastung zu ermitteln. Der für die Luftschadstoffe ermittelte Ort der höchsten Immission für das Jahresmittel befindet sich etwa 4,4 Kilometer (bzw. 5,1 Kilometer für Staubniederschlag) nordöstlich des Kraftwerksstandortes. Die Gutachten kommen anhand der Kenngrößen und der bekannten Vorbelastung zu dem Ergebnis, dass die Zusatzbelastungen im Sinne der TA Luft irrelevant sind. Dies gilt selbst bei Berücksichtigung der geplanten Erweiterung der Müll- und Klärschlammverbrennungsanlage in Krefeld-Uerdingen und des geplanten Zementwerkes im Krefelder Hafen.

Gegenstand der weiteren Umweltverträglichkeitsuntersuchung sind u.a. die Auswirkungen des Vorhabens auf Menschen, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt sowie auf Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft. Auch hierfür ist das Untersuchungsgebiet durch einen Sieben-Kilometer-Radius um den Kraftwerkskamin definiert. Die FFH-Gebiete „Die Spey“, „Latumer Bruch“ und „Rhein-Fischschutzzonen“ sind in Teilen betroffen und in der Untersuchung berücksichtigt. Auch die Umweltverträglichkeitsuntersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass alle Zusatzbelastungen im Untersuchungsgebiet unterhalb der Wirkschwelle für Pflanzen und Tiere liegen.

### Lösung:

Im Genehmigungsverfahren nach dem BimSchG hat die Stadt Meerbusch als Nachbargemeinde die Möglichkeit, Bedenken gegen das Vorhaben als Träger der Planungshoheit und als Grundstückseigentümerin vorzubringen. Aufgrund der Entfernung des Standortes zur Stadtgrenze sind diese Auswirkungen anders zu beurteilen, als bei Vorhaben im Bereich des Rheinhafens. Bei der Aufstellung dieser Bebauungspläne ist die Stadt Meerbusch beteiligt worden, hat ihre Bauleitpläne darauf abgestimmt und bestimmte Nutzungen sogar im Gebietsänderungsvertrag ausgeschlossen. Deshalb kann die Stadt Meerbusch hier in Genehmigungsverfahren Bedenken geltend machen die rechtlich relevant sind. Diese Betroffenheit der Stadt Meerbusch als Nachbargemeinde ist bei dem jetzt zu beurteilenden Vorhaben nicht gegeben.

Auch Bedenken zu gesundheitlichen Aspekten, die über die Anforderungen der TA Luft hinausgehen, können von Bürgerinnen und Bürgern, aber nicht von einer Kommune vorgebracht werden.

Die Grundsatzfrage, ob es sinnvoll ist, in einem sehr dicht besiedelten Raum weitere stark emittierende Betriebe anzusiedeln, kann in diesem Genehmigungsverfahren nicht gestellt werden, sondern wäre im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung zu klären.

**Kosten/Deckung:**

Entfällt.

**Personalaufwand:**

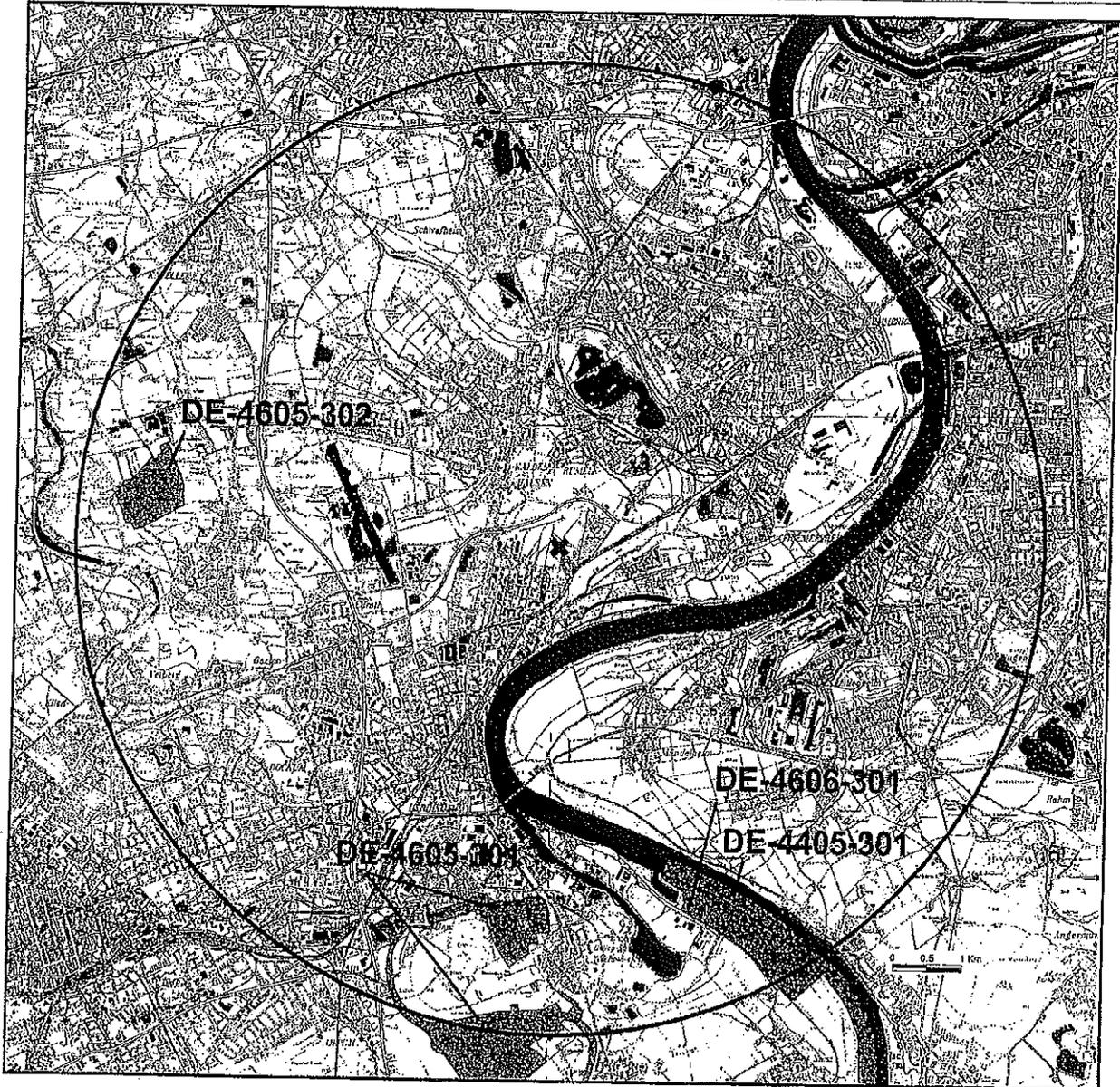
Entfällt.

In Vertretung

*A. Mielke-Westerlage*

Angelika Mielke-Westerlage  
Erste Beigeordnete

Anlage 1



**X** Standort TKK

**○** Untersuchungsgebiet: Kreis mit einem Radius von 7 km, Mittelpunkt TKK-Standort

**■** FFH-Gebiete

**Nr.** Natura 2000-Nummer

# FDP – Ratsfraktion Meerbusch

## ANLAGE 2

An den Vorsitzenden des Ausschusses für  
Planung und Liegenschaften  
Herrn Leo Jürgens  
Stadt Meerbusch

40667 Meerbusch

Per Fax.-Nr. 02132-916-320 und 321 und per Mail

Meerbusch, 24.05.2010

Steinkohlekraftwerk Krefeld-Uerdingen

Sehr geehrter Herr Jürgens,

die FDP-Fraktion beantragt,

1. der Rat der Stadt Meerbusch möge im Rahmen des Anhörungs-  
/Genehmigungsverfahrens eine den Bau des geplanten 750 MW  
Steinkohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen ablehnende Stellungnahme  
abgeben;
2. die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig bis zur nächsten Ratssitzung am  
24. Juni 2010 einen Stellungnahmeentwurf vorzulegen.

### Begründung:

Die nachstehend aufgeführten Gründe, die uns zu diesem Antrag veranlasst haben, basieren im wesentlichen auf allgemein zugängigen Stellungnahmen von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, insbesondere dem BUND, gutachtlichen Stellungnahmen von Fachleuten und Presseberichten.

# FDP – Ratsfraktion Meerbusch

Die FDP-Meerbusch begrüßt die Stilllegung klimaschädlicher alter und den Bau neuer Kraftwerke – aber dann bitte richtig!

## I.

Es macht keinen Sinn, wieder ein Steinkohlekraftwerk zu bauen, das trotz modernster Technik immer noch doppelt so viel CO<sub>2</sub> emittiert wie ein Gas- und Dampfkraftwerk (GuD-Kraftwerk) und dessen Wirkungsgrad weit geringer als bei einem GuD-Kraftwerk ist.

Es macht keinen Sinn, ein Steinkohlekraftwerk zu bauen, das unweigerlich weitere Schadstoff-Luftbelastungen im Krefelder Hafen verursacht, in einem Gebiet, das nach jüngsten Messungen ohnehin schon zu den Spitzenreitern in NRW bei der Feinstaubbelastung gehört.

Es macht keinen Sinn, neue Steinkohlekraftwerke zu bauen, wenn sie trotz modernster Technik die Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung gefährden.

Es macht keinen Sinn, Steinkohlekraftwerke mit modernster Technik zu bauen, weil nach Meinung vieler Fachleute erhebliche Zweifel an deren Rentabilität bestehen, sobald im Emissionshandel die Zertifikate vollständig versteigert werden.

## II.

Im Einzelnen:

1. Kohle ist mit Abstand der klimaschädlichste Energieträger in der Stromversorgung. Trotz modernster Technik stößt das geplante Steinkohlekraftwerk in Krefeld-Uerdingen mindestens 4.3 Millionen Tonnen jährlich CO<sub>2</sub> aus. (Zum Vergleich: Das ist mehr als die heutigen Emissionen aller Krefelder Haushalte, Industrie-,

# FDP – Ratsfraktion Meerbusch

---

Handwerksbetriebe und Verkehr jährlich zusammen verursachen). Und das aufgrund der langen Betriebszeiten (durchschnittlich 40 Jahre) mehrere Jahrzehnte lang.

Dabei gibt es eine Alternative:

GuD-Kraftwerke verursachen nur halb soviel CO<sub>2</sub>-Emissionen, benötigen weder eine aufwendige Abgasreinigung, noch eine Entstaubung, auch ist eine Entschwefelung entbehrlich. Schließlich ist der Wirkungsgrad erheblich höher.

## 2. Trotz Filtertechnik nach den Bestimmungen des (13.)

Bundesimmissionsschutzgesetzes und der TA Luft kommen mit dem neuen Kohlekraftwerk unweigerlich weitere Luftbelastungen durch gesundheitsschädliche Schadstoffe auf ein ohnehin schon stark vorbelastetes Gebiet zu. Der Hafen in Krefeld zählt nämlich nach jüngsten Messungen erneut zu den Spitzenreitern in NRW bei der Feinstaubbelastung: Laut den im April d.J. veröffentlichten vorläufigen Daten des Landesumweltamts in Recklinghausen wurde in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Hafen von Krefeld der von der EU genehmigte Feinstaubwert bereits jetzt an 22 Tagen (!!) überschritten. Zugelassen sind aber im gesamten Jahr lediglich maximal 35 Überschreitungstage.

Verbreitet werden die Schadstoffe des neuen Steinkohlekraftwerks über einen ebenfalls noch zu bauenden 140 m hohen Schornstein. Damit würde die nähere Umgebung, wozu auch Meerbusch gehört, unmittelbar von der (zusätzlichen) Feinstaubbelastung betroffen.

Anders bei einem GuD-Kraftwerk, dessen Schadstoffemissionen demgegenüber nur gering sind.

# FDP – Ratsfraktion Meerbusch

3. Die Bundesregierung hat zugesagt, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 bis 40% unter die Werte von 1990 reduzieren wird. Bis 2050 sollen die klimaschädlichen Emissionen um 80 bis 90% gemindert werden. Derzeit sind insgesamt 22 Kohlekraftwerke im Bau oder geplant. Diese Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von 40 Jahren würden fast das gesamte CO<sub>2</sub>-Budget Deutschlands beanspruchen. Industrie, Verkehr und Haushalte müssten ihre Emissionen zugunsten der Kohlekraftwerke fast auf Null reduzieren, was nicht machbar ist. Renommierete Institute kommen zu dem Ergebnis: Der Bau von neuen Kohlekraftwerken heute wird die Gesellschaft mittelfristig vor die Wahl stellen, diese Kraftwerke vorzeitig außer Betrieb zu nehmen oder aber die Klimaziele aufzugeben (vgl. arrhenius, Institut für Energie und Klimapolitik, Hamburg, in einem Prüfbericht vom Mai 2009 zur Wirtschaftlichkeit des geplanten Kohlekraftwerks in Mainz).
  
4. Der Emissionshandel schreibt vor, für den Ausstoß von CO<sub>2</sub> sogenannte Emissionszertifikate zu kaufen. Je mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird, desto mehr Zertifikate werden benötigt. Derzeit wird ein bestimmter Teil der Zertifikate noch kostenlos verteilt, ab 2013 werden die Zertifikate jedoch zu 100% versteigert. Gleichzeitig wird die Menge der Zertifikate pro Jahr gesenkt. Dadurch wird der Kohlestrom immer teurer. Eine von der WestLB finanzierte Studie von 2009 kommt zu dem Schluss, dass neue Kohlekraftwerke unter den neuen Bedingungen des Emissionshandels und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien nur noch selten wirtschaftlich rentabel seien.  
Hinzu kommt: Das Ziel der Bundesregierung, den Anteil der Erneuerbaren Energien (EE) auf 30% bis 2020 auszubauen, führt zu einer schwankenden Einspeisung großer Mengen Wind- und später Sonnenenergie. Das erfordert einen flexiblen Strommarkt, der sich beständig auf Angebot und Nachfrage einstellt. Kohlekraftwerke können – anders als GuD-Kraftwerke – ein schnelles Zu- und Abschalten nicht leisten.

# FDP – Ratsfraktion Meerbusch

---

Wer also Kohlekraftwerke baut, wird in naher Zukunft die Forderung stellen, den Anteil der Erneuerbaren Energien zu verringern, da sonst die eigenen Kraftwerke vom Netz müssten.

Wir überreichen dazu ergänzend als Anlage 1 eine Erklärung von über 50 Wissenschaftler/innen über die Klima-Risiken beim Neubau von Kohlekraftwerken. Im Handelsblatt von 2010 wurde eine Übersicht über Kohlekraftwerke veröffentlicht, deren Bau allein in den vorangegangenen 12 Monaten „abgeblasen“ wurde: Emden (Dong Energy), Kiel (Stadtwerke und Eon), Dörpen (ENBW), Stade (GDF Suez), Lubmin (Dong Energy), Berlin (Vattenfall), Mainz (Stadtwerke).

Das sind nur die gravierendsten Bedenken gegen den Bau von Steinkohlekraftwerken. Weitere Risiken sind die Art und Weise der Nutzung des Rheinwassers für Kühlzwecke etc.

### III.

Trianel, ein Zusammenschluss von Stadtwerken und Investor des Steinkohlekraftwerks im Chempark von Krefeld-Uerdingen, argumentiert ganz anders (Auszüge):

1. Kohle sei ein verlässlicher Rohstoff. Die höheren Investitionskosten würden durch die im Vergleich zu Erdgas geringeren Brennstoffkosten mehr als ausgeglichen. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nach 2012 für Steinkohle mehr CO<sub>2</sub>-Zertifikate gekauft werden müssen als für Erdgas, sei nach den aktuellen internationalen Marktdaten eine Strom- und Dampfproduktion in Grundlast künftig nur auf Kohlebasis wirtschaftlich möglich

# FDP – Ratsfraktion Meerbusch

2. Moderne Kohlekraftwerke, die weniger Emissionen hätten, trügen dazu bei, die Klimaschutzziele einzuhalten und insgesamt die Treibhausgase zu verringern.
3. Für den Chempark in Krefeld-Uerdingen sei ein Kohlekraftwerk dieser Größe und Ausstattung die ökologisch und ökonomisch beste Lösung.

Das vollständige Informationsblatt von Trianel ist in Kopie als Anlage 2 beigelegt. Dazu in Ergänzung zu den Ausführungen unter Ziffer II folgende Anmerkungen:

1. Trianel baut ein GuD-Kraftwerk mit 800 MW in Hamm-Uentrop. Warum nicht in Krefeld?  
Oder: RWE hat in Lingen ein GuD-Kraftwerk mit 2 Blöcken zu je 438 MW seit 4/2010 in Betrieb. Warum nicht Vergleichbares in Krefeld ?

Unter einer Voraussetzung ist laut RP vom 08.05.2010 für Trianel bzw. Chempark auch in Krefeld ein GuD-Kraftwerk denkbar, nämlich wenn sie einen „ordentlichen Gas-Liefervertrag“ bekommen. (Offen bleibt, warum das augenscheinlich kein Kriterium bei den GuD-Kraftwerken in Hamm-Uentrop und Lingen war, oder, warum in diesen beiden Fällen ein „ordentlicher Gaslieferungsvertrag“ zu bekommen war, angeblich aber nicht für Krefeld).

2. Die im Chempark ansässigen Unternehmen benötigen laut Trianel nur 200 MW zur Strom- und Dampfversorgung, drei Viertel des erzeugten Stroms sollen die an dem Projekt beteiligten Stadtwerke beziehen und diese an ihre Kunden verkaufen. Für den Chempark würde demnach schon ein wesentlich kleineres Kraftwerk in der Größenordnung bis zu 400 MW mit dem umweltfreundlichen Brennstoff Gas und höherer Energieausnutzung ausreichen.

## IV.

### Zusammenfassung:

Ein neues Kraftwerk im Chempark von Krefeld ist nötig. Das geplante neue Kraftwerk ist aber abzulehnen, weil der klimaschädliche Brennstoff Kohle verwendet werden soll. Außerdem ist an dieser Stelle ein 750 MW-Kraftwerk überdimensioniert. Ein kleineres Kraftwerk bis zu 400 MW mit dem umweltfreundlicheren Brennstoff Gas und der höheren Energieausnutzung würde vollkommen ausreichen (für die Belange von Bayer kann ein Teil des Dampfes vor der Zuleitung zur Dampfturbine „ausgekoppelt“ werden),

Mit freundlichen Grüßen

Gesine Wellhausen  
(Fraktionsvorsitzende)